Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 2 (1982)
Heft: 4

Artikel: Programmpartei statt Parteiideologie
Autor: Kuster, Robert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652210

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Robert Kuster

Programmpartei statt Parteiideologie

Die Literatur, die sich mit dem Thema „Krise der Parteien" befasst, ist mittlerweile kaum mehr überschaubar. Ein Teil der Autoren (1) beschäftigt sich dabei vorwiegend mit dem Problem der Rolle der Parteien in einer sich rasch wandelnden Klassengesellschaft, ganz speziell unter den Bedingungen des Einbruchs der wirtschaftlichen Krise Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre. Andere wiederum orten die Krise vornehmlich in der inneren Struktur der Parteien (2).

Gesellschaftliche Krise oder Krise der Parteien?

Die Herausbildung der Parteien ist historisch mit der Ausbildung des modernen Staates, der Konstitution von Klassen und deren Kampf um die Hegemonie verbunden. Aus dieser Entstehungsgeschichte ergibt sich für die politischen Parteien eine Perspektive, die auf die Umgestaltung oder Mitgestaltung des Staates im engeren Sinne gerichtet ist (3). Dabei fällt für die traditionellen Parteien ebenso die Reduzierung ihrer Arbeitsfelder auf den Staatsapparat im klassischen Sinne auf, wie auch die sich daraus ergebende Organisationsstruktur, die eine Verdoppelung des Staates darstellt.
Bis vor wenigen Jahren blieb – innerhalb der Parteien der Arbeiterbewegung – unbestritten, dass die Parteien die Interessen einer von ihr klar determinierten und determinierbaren sozialen Schicht zu vertreten haben. *Es ist dieses Konzept, das heute auf vielfältige Weise zur Diskussion gestellt ist.*

Die Politik der traditionellen Parteien scheint von den grossen Veränderungen der Gesellschaft und des Staates, wie sie u.a. schon Gramsci dargelegt hat, kaum berührt worden zu sein. Die Zersetzung der Arbeiterklasse (nur die Facharbeiterschaft bildet den Kern klassischer Arbeiterpolitik), die Entwicklung einer Vielzahl neuer, meist wenig qualifizierter Tätigkeiten, die Ausdehnung des sog. „tertiären Sektors" fanden ihren Niederschlag in der politischen Tätigkeit ebensowenig wie die Ausdehnung der Intelligenz und der in sozialen Diensten Arbeitenden.
Es versteht sich von selbst, dass diese gewaltigen Verschiebungen neue Lebensweisen, eine neue Kultur (man denke nur an die Internationalisierung/Amerikanisierung der ganzen Unterhaltungsbranche seit den 50er Jahren) und neue Wertvorstellungen hervorbringen.

Zerfall von hegemonialen Strukturen

Gerade die Organisationen der Arbeiterbewegung verstanden es nicht, diese Veränderungen in ihrer Tätigkeit genügend in Rechnung zu stellen. Deshalb brachen wichtige Strukturen auf dem Wege zur Hegemonieerlangung von Seiten der fortschrittlichen Kräfte zusammen, weil sie nicht geeignet oder unfähig waren, auf die veränderten Bedingungen reagieren zu können und so recht

eigentlich funktionslos wurden: Vereine der Arbeiterkultur und - sportbewegung, die Naturfreunde u.ä. haben *in aller Stille* den Sportgeländen von SKA und Bankverein, den Discos amerikanischer Firmen, den Fussballmannschaften von Migros und BBC Platz gemacht.
In diesem Zusammenhang ist es allerdings wichtig, darauf hinzuweisen, dass dieser „Disloyalitätsprozess" (4) nicht nur die Organisationen der Arbeiterbewegung, sondern in noch viel erheblicherem Masse diejenigen der Kirche betrifft: Die Anziehungskraft traditioneller Organisationen, Werte und Ideologien nimmt ab. Daraus freilich kann nicht auch ohne weiteres auf eine Abnahme des Bedürfnisses der Menschen nach Selbsttätigkeit und eigenem Handeln geschlossen werden.
Dieses selbsttätige Handeln drückt sich auf politischer Ebene im gewaltigen Anwachsen der neuen sozialen Bewegungen, deren Forderungen von der Parteien nicht vorausgeahnt werden konnten und deren Tätigkeiten in den Parteien nicht aufgingen, aus.

Von der Bewegung zur neuen Partei?

Die Entwicklungsschritte dieser Bewegungen deuten meiner Meinung nach darauf hin, dass wir in Zukunft von *parteiförmigen Organisationen* werden sprechen können. Zweifellos ist diese Tendenz in der BRD am deutlichsten: Nicht nur die „Grüne Partei", sondern auch die „Alternativen Listen" werden auf Grund ihrer praktischen, immer mehr auch in den klassischen Staat hineinwachsenden Tätigkeit, zu parteiähnlichen Organisationen werden. Petra Kelly, die Bundesvorsitzende der „Grünen", sieht die Schwierigkeiten zwischen ausserparlamentarischer Aktion und parlamentarischer Tätigkeit deutlich: „Bei den Grünen darf das Parlament eben nicht alles werden." (5)
In der Schweiz macht die Frauenbewegung die ersten zögernden Schritte auf diesem Weg, während die „Grünen" sich schon offiziell als Partei verstehen.
Sicher vermeiden diese parteiförmigen Organisationen alles, was sie auf den Weg der Institutionalisierung, wie Rothschild ihn dargestellt hat, führen könnte: Rotation der Parlamentssitze, grosse Autonomie der Arbeitsgruppen, Vollversammlungsprinzip und anderes mehr soll hemmend wirken.
Bedeutungsvoller scheint mir indessen zu sein, dass durch die Entwicklung ursprünglich relativ eng begrenzter Bewegungen zu parteiförmigen Organisationen deren Interventionsfelder wesentlich verbreitert werden, dh. mit einem quasi „ständischen" Interessensvertretungsanspruch gebrochen wird, unter Wahrung der Verankerung in der „ausserparlamentarischen" Bewegung. Es gilt auch zu beachten, dass die ständige Präsenz des Staates dazu führt, dass die Bewegungen einem ständigen Integrations- und Vergesellschaftungsprozess ausgesetzt sind. Im Rahmen aller dieser Prozesse muss auch die anlaufende Programmdiskussion der „Grünen" gesehen werden, deren erstes Kernstück die wirtschaftspolitische Konzeption ist. (6)

Die Parteien entwickeln!

Die parteiförmigen Organisationen werden ihre programmatische und prak-

tisch-politische Linie auf Grund ihres spezifischen Engagements formulieren müssen. Bei den „Grünen" steht die Formulierung einer Wirtschaftspolitik unter ökologischen *und* systemüberwindenden Prämissen im Vordergrund.
Gerade die Frage der Entwicklung der Produktivkräfte wird dabei für die nächsten Jahre auch zum Gradmesser für die Politik der Arbeiterparteien in Westeuropa werden.
Zur Diskussion steht nämlich, wie in Zukunft unter den Bedingungen der Krise des Kapitalismus einerseits und dem Befreiungsprozess der Völker der 3. Welt anderseits, eine reaktionäre – mit Interventionskriegen verbundene – Offensive, getragen von breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, verhindert werden kann. Dabei stellt sich der Begriff „austerità", wie ihn Berlinguer seit 1977 verwendet, als zentral heraus. Es geht Berlinguer, entgegen den Vorwürfen seiner Kritiker, gerade *nicht* um eine bessere Verwaltung der kapitalistischen Krise:

> „. . . für uns Kommunisten ist Austerität etwas anderes, nämlich das Mittel, um ein in eine grundsätzliche Krise geratenes System an der Wurzel anzugreifen und die Grundlagen für seine Überwindung zu schaffen. Die Hauptmerkmale dieses Systems sind Verschwendung und Vergeudung, die Verherrlichung der unbeschränktesten Sonderinteressen und individualistischer Verhaltensweisen und der unsinnigsten Konsumzwänge. Austerität bringt einen neuen Bezugsrahmen von Werten hervor, bedeutet Strenge, Effizienz, Ernsthaftigkeit, Gerechtigkeit, kurz, das Gegenteil von alledem, was wir bisher kennengelernt haben und wofür wir einen zu hohen Preis bezahlen müssen." (7)

Und weiter:

> „Eine revolutionäre Umgestaltung kann jedoch unter den gegenwärtigen Bedingungen nur dann begonnen werden, wenn sie in der Lage ist, die neuen Probleme, die dem Westen aus der Befreiungsbewegung der Völker der Dritten Welt entstehen, anzupacken." (8)

Dabei ist der Beitrag der Arbeiterparteien deshalb so enorm wichtig, weil gerade sie es waren, die jahrzehntelang durch eine Politik der Ausweitung des Massenkonsums dazu beigetragen haben, in der Arbeiterklasse den – oft berechtigten Wunsch – nach besserem Leben zu befördern. Auf dieser Politik beruht nicht zuletzt auch ein grosser Teil des Vertrauens in die Arbeiterorganisationen, das immer noch vorhanden ist.

Programmpartei oder ideologische Partei?

Natürlich ist es kein Zufall, dass selbst Mitglieder kommunistischer und sozialistischer Parteien in dieser Hinsicht der Perspektive dieser Parteien skeptisch gegenüberstehen. Das Erlebnis, dass sich die Aktion dieser Parteien nicht über den Verteilungskampf im Rahmen von Lohnrunden, Arbeitszeitverkürzungen etc. erhob, ist tief verwurzelt.
Es fällt den sich auf die Arbeiterklasse beziehenden Organisationen offensichtlich ausserordentlich schwer, die sich entwickelnden gesellschaftlichen Veränderungen zu verarbeiten und in ihrer politischen Tätigkeit umzusetzen.
Inwieweit es den kommunistischen Parteien in Westeuropa gelingen wird,

ihren Beitrag zur Lösung der komplexen internationalen Krise zu leisten, hängt ganz entscheidend davon ab, ob sie ihr Analyseinstrumentarium von den alten Dogmen und Mythen zu befreien und sich der Realität zuzuwenden vermögen.
Mir scheinen zwei von Giorgio Napolitano in die Parteidiskussion eingeführte Begriffe sehr geeignet, das gegenwärtige Dilemma der westeuropäischen kommunistischen Parteien deutlich zu machen.
In seinem Aufsatz „Programmpartei und demokratischer Zentralismus" (9) stellt Napolitano den Übergang der KPI von einer „ideologischen" (Weltanschauungs-) Partei zu einer „programmatischen" Partei dar.
Dabei steckt für ihn im Begriff „Programm" ein „grosser projektiver, die Gegenwart transzendierender Beitrag, wobei diese Transzendierung der Gegenwart auf fundierten, bestimmten und nicht einfach 'ausgedachten' Hypothesen beruht." Diese fundierten, bestimmten und nachvollziehbaren Hypothesen – aus der Analyse der sozialen und ökonomischen Prozesse erarbeitet – geben den rationalen Rahmen ab. Freilich wird damit die Partei nicht aus ihrer Tradition herausgerissen, sondern für diese Analyse bleiben der Marxismus als Eurokommunismus und der Internationalismus als neuer Internationalismus die Eckpfeiler.

Der Begriff „Programmpartei" schafft einerseits die Öffnung zur Gesellschaft hin, andererseits wendet er sich gegen die „ideologische Partei". Damit wird eine Offensive gegen das Überleben alter Mythen und Dogmen eröffnet. Die „ideologische Partei" beinhaltet die Vermittlung einer Weltanschauung, das Einverständnis damit, dass die Führungsgruppe Garant der ideologischen Führung sei. Damit ist die ideologische Partei eng verknüpft mit Tendenzen, die darauf hinzielen, „die einfachsten Versionen der marxistisch-leninistischen und damit stalinistischen Doktrin als verpflichtenden Bezugspunkt zu übernehmen." (10)
Der Weg des Eurokommunismus aus der „ideologischen" zur „programmatischen" Phase ist ein sehr langer und widersprüchlicher, ebenso verknüpft mit der Geschichte des Landes und der Partei. Selbst jetzt ist diese Konzeption vor Rückfällen nicht geschützt. Die Bündniswechsel der KPF in den letzten Jahren sind dafür ebenso Beispiele, wie die letzten Monate der PCE. So zeigt sich in der PCE ein latentes Wiederaufleben der „ideologischen" Konzeption in der Polemik zwischen Carrillo und Sartorius/Camacho um die Gewerkschaften. Carrillo versucht, gegenüber den beiden Gewerkschaftsfunktionären in den Comisiones Obreras, die Unabhängigkeit der Gewerkschaftspolitik von der Parteipolitik in Frage zu stellen. Damit taucht die Frage der Gewerkschaften als Transmissionsriemen der Partei wieder auf: ein Rückfall, den gerade Camacho und Sartorius scharf zurückweisen.
Auch in der Geschichte der Partei der Arbeit der Schweiz lässt sich ein wechselhafter Verlauf von Phasen zwischen eher programmatischer und eher ideologischer Ausrichtung ausmachen. Ein erster Einschnitt bildet der einsetzende Kalte Krieg; so heisst es in einem Dokument von 1950:

> Die Partei beweist grosse Schwächen in den grundlegenden Fragen der revolutionären Theorie, des proletarischen Internationalismus,

in der die Haltung zur Sowjetunion eine wichtige Rolle spielt . . . In diesem Zusammenhang ist folgende Erklärung Stalins ganz besonders zu unterstreichen: 'Internationalist ist jener, der ohne Bedingungen, ohne Zögern und ohne Vorbehalte bereit ist, die UdSSR zu verteidigen, weil die UdSSR die eigentliche Basis der revolutionären Weltbewegung ist und weil es unmöglich ist, diese revolutionäre Bewegung vorwärts zu treiben, ohne die UdSSR zu verteidigen. Denn wer daran denkt, die revolutionäre Weltbewegung ohne die Sowjetunion oder gegen die Sowjetunion zu verteidigen, kann nur ein Konterrevolutionär sein; notwendigerweise muss er in das Lager der Gegner der Revolution abgleiten.' "(11)

Seit dem Programm von 1959 lässt sich in der PdA ein höchst widersprüchlicher Prozess der Durchsetzung programmatischer Positionen feststellen und die jüngsten Ereignisse in der PdA Zürich zeigen, dass diese Positionen noch längst nicht gefestigt sind. Offensichtlich tendieren die kommunistischen Parteien in ihrer Mehrzahl aus ihrer Entstehungsgeschichte, aus der Zusammensetzung der Mitgliedschaft und aus anderen Gründen heraus, in Krisenzeiten dazu, sich nach rückwärts statt nach vorne zu orientieren. Dabei spielt die Verbreitung des Marxismus als Dogma in diesen Parteien nicht die kleinste Rolle. Auch die PdAZ reagierte angesichts der Krisenerscheinungen (Wirtschaft, Jugendbewegung, Afghanistan, Polen) mit einem Rückzug. (12)

In diesem Schnittpunkt siedelt sich der Konflikt in der PdA Zürich an. Die Dominanz programmatischer Kräfte in der schweizerischen Partei hat in Zürich ihre Entsprechung nicht gefunden. Hier und in Basel befindet sich das Zentrum derjenigen, die sich angesichts der kritischen Zukunftsperspektiven auf Althergebrachtes besinnen, in der Hoffnung, der Partei so den notwendigen Kitt zur Aktivität zu verleihen.

Parteien werden eine Notwendigkeit bleiben

Der früher von diesen „ideologischen" Momenten geleistete Zusammenhalt – denen ein Realitätsbezug nicht abgesprochen werden konnte – kann heute von diesen nicht mehr geleistet werden. Die Parteien müssen sich bemühen, auf die Höhe der gesellschaftlichen Entwicklung zu gelangen und die kapitalistische Gesellschaftsformation übergreifende Vorstellungen *unter den heutigen Bedingungen* zu entwickeln.

Dabei spielt die Rationalität der Partei für diese selbst wie für die Gesellschaft eine entscheidende Rolle. Um die grösstmögliche Rationalität des Programms zu garantieren, ist die Selbsttätigkeit der Mitglieder, aber auch die Anerkennung der Beiträge ausserhalb der Partei, unumgänglich. Selbstverständlich kann dies nicht ohne Auswirkungen auf die innere Struktur der Partei bleiben.

Zur Debatte steht nicht nur die Handlungsfähigkeit für die Partei, sondern auch für ein Geflecht sich tangierender, überschneidender, widersprechender und ergänzender Interessen.

Es gibt zur Zeit Konzeptionen – so bei W.F.Haug (13) und in der POCH

(14) – die die Notwendigkeit programmatischer Arbeit in den Hintergrund stellen und statt dessen die Knüpfung eines Netzes von Bewegungen und Parteien zu einer vielfältigen „strukturellen Hegemonie" in den Vordergrund rükken.

Ich bin allerdings nicht der Meinung, dass die beiden Prozesse – programmatische Tätigkeit, die auch eine des Ordnens, Hierarchisierens, der Prioritätensetzung, der Lösung von Widersprüchen ist – und der Zusammenarbeit von verschiedenen Parteien und Bewegungen voneinander zu trennen sind. Die Herstellung einer Organisationsidentität ist, wie die POCH früher unter dem Stichwort „Generalliniendiskussion" festhielt, nicht ein Prozess auf Zeit (und, wie z.B. in der PdA, zwischen den Parteitagen aus der politischen Tätigkeit zu verbannen), sondern ein ständiger. Echte programmatische Tätigkeit wird deshalb auch nicht in die alte, bündnispolitisch verheerende Formel verfallen, derzufolge man sich zuerst abgrenzen müsse, bevor man sich zusammenfindet.

ANMERKUNGEN

(1) Siehe v.a. den Artikel von Nicos Poulantzas in diesem Heft.

(2) Vgl. dazu die Beiträge von Rothschild, Pinkus und Seiler in WIDERSPRUCH 1 und 2.

(3) Darunter verstehe ich die Zwangsapparate und die Regierungsapparate.

(4) Ich verwende hier den Begriff im Sinne von Thomas Heilmann, der darunter ein noch nicht zielgerichtetes Abbröckeln des bisher hegemonialen Blocks versteht. Thomas Heilmann, Verschärfte Aggressivität des Imperialismus, Restrukturierung des Kapitals, Disloyalität und Partei, in: positionen 35.

(5) Petra Kelly; Wie weit gehst du?, in: Emma, Oktober 1982.

(6) Vgl. dazu: Dieter Burgmann, Die letzte Krise des Kapitalismus? Betrachtungen zur ökonomischen Situation in der Bundesrepublik aus der Sicht eines „Grünen" und Grüne Transformationsdynamik, Übergangsforderungen und Langfristige Wirtschaftspolitik, beide in: sozialismus, 5/82.

(7) Enrico Berlinguer, Eine ernsthafte Austeritätspolitik — Gelegenheit zur Umgestaltung unseres Landes, in: Die italienischen Kommunisten, 1/1977, S.40f.

(8) ebda., S.43

(9) Giorgio Napolitano, Programmpartei und demokratischer Zentralismus, in: sozialismus 5/81.

(10) ebda, S.52

(11) Geschichte der Schweizerischen Arbeiterbewegung, Zürich 1975, S.333

(12) Aktuelles Anschauungsmaterial bietet die Analyse der PdA zur Jugendbewegung „Krise der Jugend oder Jugend einer Krisengesellschaft", in: Vorwärts, 2.Juli 1981.

(13) W.F.Haug, Strukturelle Hegemonie, in: Das Argument 129.

(14) Vgl. dazu die Parteidiskussion in den positionen ab Nr. 35.